



Starallüren: Borussia Dortmund betrachtete Florian Homm als sein Eigentum

## Fortsetzung von Seite 25

Bussigesellschaft, aus dem Rotlichtgewerbe, aber auch Banker aus der Schweiz und Deutschland, liechtensteinische Treuhänder. Die Namen sind der Redaktion bekannt.

Es ist ein Katz-und-Maus-Spiel. Aus der ganzen Welt steuerten Neugierige die Webseite Reschs an, als er dort erstmals ein Kopfgeld auslobte. Aus Internetcafés in Südamerika, in Afrika, der Schweiz. Das verraten die IP-Adressen, die Resch ausgewertet hat. Einige nutzten vermeintlich sichere Wege über Proxy-Server und Tor-Netzwerke, um ihren Aufenthaltsort zu verschleiern. Resch ist sich sicher, dass unter seinen Informanten auch „Doppelagenten“ seien. Vertraute Homms, die ausloten sollen, was er weiß.

Sogar die US-Drogenpolizei DEA wurde bei ihm vorstellig. Zwei Beamte schlugen eine Kooperation vor. Ihr Verdacht: Homm könnte als Finanzexperte in die Geldwäsche südamerikanischer Drogenkartelle verwickelt sein. Resch lehnte ab. „Das wäre eine Einbahnstraße: Informationen geben, aber keine bekommen.“ Zudem sind die US-Behörden und er ja Konkurrenten im Rennen um Homms Kopf.

Drei heiße Spuren verfolgt Resch. Die erste führt nach Südamerika, wie es auch die DEA vermutet. Informanten berichten, Homm gehe dort nach wie vor über Scheinfirmen seinen Geschäften nach, nutze den südamerikanischen Börsenplatz Panama war auf der Flucht seine erste Anlaufstelle, vermutlich ging es dann nach Venezuela. Dort ist Homm vor einer Auslieferung an die USA sicher. Präsident Hugo Chávez ist bekennender Feind Washingtons.

Homm war früher schon in dem Land. Wenige Monate vor seiner Flucht wurde er in Caracas angeschossen. Offiziell heißt es, Straßendiebstahl, eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung und einen venezolanischen Führerschein bei sich trug, ausgestellt in Zulia an der Grenze zu Kolumbien.

An Homms Seite war damals ein Diplomat aus dem Südeaststaat Vanuatu, auch er wurde verletzt. Resch geht davon aus, dass der Mann auf Vermittlung eines Deutschen Homm half, die venezolanischen Papiere zu bekommen. Dieser Deutsche wiederum, der auf Mallorca und in Monaco residiert und ebenfalls Diplomatenstatus in Vanuatu genießt, brüstete sich 2009 in elitären Kreisen damit, er habe Homm bei seiner Flucht geholfen. Hier könnte Resch weiterkommen.

Seine zweite heiße Spur führt zu Andreas Schaer, Homms ehemaliger

rechter Hand. Mittlerweile lebt Schaer zwar „in seiner Wahlheimat Kambodscha“, wie er selbst sagt, seinen Lebensunterhalt erwirtschaftet er aber in Äthiopien. In Afrika, glaubt Resch, kreuzen sich auch heute noch die Wege der beiden.

Auf Mallorca, von wo aus Homm lange seine Geschäfte leitete, lebte Schaer einst in dessen Haus. Er war es auch, der Homm aus der Klinik in Venezuela abholte, das belegt ein Zeitungsfoto. Er wird, so vermutet Resch, in die Fluchtpläne eingeweiht gewesen sein.

Bevor der Schweizer in die Dienste Homms wechselte, arbeitete er bei einer kleinen Privatbank. Homm wickelte viele Geschäfte über das Institut ab. Unter der gleichen Adresse wie die Bank firmierte anfangs auch eine Stiftung, die zur dritten heißen Spur führt: Liberia.

Bereits zwei Jahre vor seinem Verschwinden begann Homms Engagement für das bitterarme Land im Westen Afrikas. Er spendete über 1 Mio. Dollar für die Schweizer Liberia Renaissance Foundation. Schaer saß zwischenzeitlich im Beirat dieser Stiftung, Homms Ex-Frau ist bis heute deren Präsidentin. Homm selbst wurde zum Kulturattaché des Landes berufen, erhielt einen Diplomatenpass. Es könnte sein, vermutet Resch, dass die Spende der Preis für Homms Immunität war, für sein späteres Refugium. Liberia ist bekannt dafür, Diplomatenposten zu verschachern.

An Liberia glaubt auch Jack Grynberg. Der Öltcoon aus Denver, der sich von Homm um 16 Mio. Dollar betrogen fühlt, lässt ebenfalls nach Homm fahnden. „Das Letzte, was wir von ihm hörten, war, dass er in Liberia ist“, sagt er.

Ein Informant, der vorgibt, Homm jederzeit treffen zu können, behauptet gar, der Gesuchte solle sich regelmäßig in der Botschaft Liberias in Paris aufhalten, dort ein Zimmer und sichere Telefonleitungen nutzen dürfen. Fragen an die Regierung in Monrovia wurden an die Botschaft in Paris weitergeleitet.

Der Botschafter wehrt sich: „Der letzte Ort, an dem Homm sich aufhalten würde, ist Liberia. Er weiß um unsere engen Beziehungen zu den USA, und er weiß, dass er dort Probleme hat“, so Botschafter Thomas McKinley. Es sei „absolut falsch“, dass Homm sich in der Botschaft aufhalten dürfe. Der Diplomatenpass sei abgelaufen, eine Verlängerung habe es nie gegeben. „Wir haben absolut kein Interesse daran, Herrn Homm zu schützen.“

Eigenartig nur: Ebenjener McKinley ist ein guter Bekannter Homms. Mit ihm zusammen hat er einst die Schweizer Liberia-Stiftung ins Leben gerufen. Auf ihrer Webseite dankte die Stiftung den beiden damals für deren „großartige Unterstützung“. Ein Dank, der bis heute anhält, da ist sich der Privatermittler Resch sicher.

# Nur keine Angst vor dem Sozialisten

## Die Bundeskanzlerin muss sich vor dem neuen französischen Präsidenten François Hollande nicht fürchten. Er ist ein Pragmatiker, dem viel an Haushaltsdisziplin liegt

Philippe Aghion

François Hollande denkt schnell, handelt aber langsam. Als sein wirtschaftspolitischer Berater habe ich ihn in den vergangenen zwölf Monaten aus nächster Nähe beobachtet. Er begreift ein Problem schnell und beurteilt Kosten und Nutzen rasch. Er nimmt sich jedoch die Zeit, die er braucht, bis er zur bestmöglichen Lösung gelangt ist.

Dieser vorsichtige und pragmatische Ansatz hat ihm die französische Präsidentschaft eingebracht. Der rechte Zeitpunkt zum Feiern ist es jedoch nicht. Seiner gestrigen Amtseinführung folgt die nüchterne Realität – sein erstes offizielles Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Hollandes Wahlkampf wurde vor dem Hintergrund der Euro-Krise geführt und warf Fragen auf, wie sich Frankreichs Wirtschaftspolitik sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene verändern wird. Hollande verfügt über eine klare Strategie, deren Umsetzung er anstreben wird und die aus drei zentralen Punkten besteht.

Erstens: Frankreichs Zukunft hängt davon ab, dass Wachstum, sozial ausgewogene Lastenverteilung und Haushaltsdisziplin gleichermaßen erreicht werden. Kein Element lässt sich ohne die anderen beiden in die Tat umsetzen. Mangel ist den Franzosen an dem Glauben, dass die Lasten gemeinsam getragen werden, lassen sich die Opfer, die zum Erreichen der Haushaltsdisziplin notwendig sind, nur schwer ertragen. Haushaltsdisziplin wiederum sollte der Regierung eine expansivere Fiskalpolitik ermöglichen, die bei gedrückter Nachfrage das Wachstum ankurbelt. Steuerpolitische Reformen und Haushaltskürzungen werden es Frankreich zudem erlauben, wachstumsfördernde Investitionen zu finanzieren.

Das bringt mich zum zweiten Punkt. In der Vergangenheit waren Frankreichs Sozialistenführer dem Keynesianismus verschworen. Hollande ist der erste sozialistische Präsident Frankreichs, der beim Thema Wachstum die Angebotsseite in den Vordergrund rückt.

Dahinter steht die Sorge, dass Frankreich in Sachen Bildung und bei der Innovationskraft der Kleinen und mittelständischen Betriebe zurückfällt.

In international anerkannten Bildungstests schnitt Frankreich in den vergangenen 15 Jahren immer schlechter ab. Das ist gefährlich: Länderübergreifende Studien zeigen einen positiven Zusammenhang zwischen gutem Abschneiden und Wachstum. Gefährlich ist auch Frankreichs rasch schwindendes Handelsdefizit gegenüber Deutschland. 2012 wird es den Prognosen zufolge 70 Mrd. Euro erreichen.

Hollandes dritter zentraler Punkt lautet: Was gut für ein einzelnes EU-Land ist, ist auch für die Europäische Union als Ganzes gut. Anders gesagt: Die EU muss sowohl Haushaltsdisziplin als auch ein ergötzendes Wachstumspaket anstreben.

Das gilt ganz besonders für die Euro-Zone. Ausländische Beobachter haben sich besorgt darüber geäußert, dass Hollande im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt von Nachverhandeln sprach. Zum Großteil ist dieses Thema jedoch semantischer Natur. „Nachverhandeln“ bezieht sich eher auf die Vor-

stellung, die bestehenden Vereinbarungen mit einem Wachstumspaket zu bündeln, als auf ein tatsächliches Nachverhandeln der Haushaltsaspekte.

Dieses Wachstumspaket sollte verschiedene Komponenten umfassen. Die EU sollte ihre Strukturfonds mobilisieren und Reformen der Arbeitsmärkte, der Produktmärkte und des höheren Bildungswesens finanzieren. Auch bei dem, was normalerweise Industriepolitik genannt wird, muss die EU mehr tun. Eine Idee wäre es, mit dem EU-Haushalt „Projektanleihen“ zu beschließen, die Industrieprojekte der Europäischen Investitionsbank mitfinanzieren. Informationstechnologie und saubere Energie bieten sich für derartige Investitionen an. Eine weitere Idee, die Hollande verfolgen wird, sieht vor, dass Eurobonds Infrastrukturprojekte finanzieren dürfen.

Grundlage dieser Reformen muss finanzielle Stabilität sein. Die Euro-Zone sollte ein einheitliches System für die Bankenaufsicht und die Absicherung der Spareinlagen erschaffen. Der südliche Teil der Euro-Zone wird nicht wettbewerbsfähiger werden, wenn die Inflationsraten dort höher als im Norden sind. Um das zu vermeiden, ohne gleichzeitig für eine schwere Rezession in der Euro-Zone zu sorgen, sollten die Inflationsraten im Norden ansteigen dürfen. Ziel sollte eine durchschnittliche Inflationsrate von zwei Prozent sein. Das bedeutet, dass die Inflation im Norden mehr als zwei Prozent, im Süden weniger als zwei Prozent beträgt.

Einige Beobachter haben mit Blick auf Hollandes Wirtschaftsprogramm Bedenken geäußert, beispielsweise was den Spitzensteuersatz von 75 Prozent auf Einkommen von über 1 Mio. Euro pro Jahr anbelangt. Ich glaube, die Motivation dahinter war zum Teil die Notwendigkeit, die Linke zu mobilisieren und eine Wiederholung der Wahlschlappe



„Der neue Präsident sollte sich als williger Partner bei Merkels Mission erweisen, Europa neues Leben einzuhauchen“

PHILIPPE AGHION ist Berater von Frankreichs Präsident François Hollande

von 2002 zu vermeiden, als die Sozialisten die Präsidentschaftswahlen in der ersten Runde verloren. Meine Schätzung ist, dass die Steuer, sollte sie umgesetzt werden, zeitlich begrenzt sein wird.

Hinter der Doktrin und dem Programm stehen der einzelne Mensch und sein Hintergrund: Hollande war am Cour des Comptes, Frankreichs Rechnungshof. Sein Vorbild ist Jacques Delors, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission und Architekt des Binnenmarkts. Europa und die Bedeutung von Haushaltsdisziplin liegen ihm im Blut. Merkel hat dem Treffen mit ihm hoffentlich optimistisch entgegengesehen. Der schnell denkende, aber langsam voranschreitende neue Präsident Frankreichs sollte sich als williger Partner bei ihrer Mission erweisen, Europa neues Leben einzuhauchen.

E-Mail [leserbriefe@ftd.de](mailto:leserbriefe@ftd.de)

E-Mail [leserbriefe@ftd.de](mailto:leserbriefe@ftd.de)

# Wie man Merkel in Berlin besiegt

## Die Sozialdemokraten können die nächste Bundestagswahl gewinnen. Aber nur, wenn sie eine klare Gegenposition zur Europapolitik der Kanzlerin bieten



Wolfgang Münchau

Es gibt in dieser Zeit wichtigere Dinge als deutsche Provinzpolitik. Trotzdem ist die Wahl in Nordrhein-Westfalen auch für Weltpolitik und Weltwirtschaft indirekt von Bedeutung. Denn sie zeigt uns, dass die deutsche Politik gerade dabei ist, unberechenbarer zu werden. Und sie zeigt uns die Verwundbarkeit von Angela Merkel.

Ich habe Umfragen nie getraut, die die Bundeskanzlerin konstant an der Spitze der Beliebtheitsskala deutscher Politiker zeigen. Natürlich stimmen die Ergebnisse. Es sind aber Momentaufnahmen, die sich schnell verändern können. Merkels Beliebtheit basiert auf ihrer Euro-Politik. Und die ist gleichzeitig auch ihr wunde Punkt. Nämlich dann, wenn sie zum Chaos führt. Ihre Politik ist kurzfristig angelegt. Und wie alles Kurzfristige funktioniert es, bis es aufhört zu funktionieren.

Die Wähler verhalten sich hier ähnlich wie Kunden von Steve Jobs. Der sagte einmal, es sei nicht die Aufgabe des Konsumenten, zu verstehen, was er will. Damit meinte er, dass das Angebot seine Nachfrage schafft und nicht umgekehrt. Der Wähler will, dass die Krise gelöst wird, und zwar möglichst billig. Es ist nicht seine Aufgabe, die tiefen Ursachen der Krisen zu verstehen und Lösungen anzubieten. Dazu wählt er Politiker, auch in der Hoffnung, dass die sich mit Experten umgeben. Nur leider scheint es in einem 500-Kilometer-Radius um die Kanzlerin keine solchen Experten zu geben. Das ist nicht die Schuld der Experten, sondern der Politiker.

Wenn die Kiste auseinanderknallt, wird sich Merkels Aura in eine poli-

tische Stinkbombe verwandeln. Man wird dann auch Wolfgang Schäuble fragen, was er sich denn dabei dachte, als er im Frühjahr 2012 sagte, das Schlimmste sei schließlich vorbei. Oder später, als er behauptete, der Euro-Raum würde einen Austritt Griechenlands gut verkräften. Er war es auch, der im Juni 2011 die Konsequenzen einer Privatsektorbeteiligung unterschätzte. Zu jedem Zeitpunkt hat die Bundesregierung die Krise unterschätzt.

Die Wähler mögen zwar die Krise selbst nicht richtig einschätzen, wissen aber mittlerweile, dass die in Berlin das ebenfalls nicht können. Wenn die Krise eskaliert, dann ist die Popularität von Merkel ungefähr da, wo die von Philipp Rösler jetzt ist und die von Guido Westerwelle einmal war. In der Politik geht so etwas schnell.

So kann man auch die Wahlen in Griechenland deuten. Die Griechen wissen nicht, wie man die Krise löst. Wenn aber im Jahr fünf der Depression das Wachstum weiter fällt und sich die Haushaltslage trotz Einsparungen weiter verschlechtert, dann wissen die Wähler, dass die Methode nicht funktioniert. Dann wählen sie den Verantwortlichen ab. So haben sich in den letzten Monaten neue Parteien praktisch aus dem Nichts

**Die Wähler wissen, dass die in Berlin die Krise nicht richtig einschätzen**

etabliert, wie etwa das radikale Linksbündnis Syriza.

In Deutschland gibt es jetzt die Piraten, allerdings noch keine Anti-Euro-Partei. Ich erwarte so eine Partei auch nicht bis zur Bundestagswahl, bin mir aber sicher, dass es danach schnell dazu kommen könnte,

vor allem wenn es zu einer Großen Koalition unter der Führung von Merkel käme. Die Piraten haben uns vorgemacht, wie so etwas im Zeitalter von Twitter und Facebook geht. Damit reduzieren sich auch die Vorteile etablierter Parteien, angefangen von der Finanzierung bis zur gesicherten Präsenz in den öffentlichen Medien. Eine Anti-Euro-Partei ohne braunen Stallgeruch könnte es schon auf 20 oder 30 Prozent bringen und der Union arge Schwierigkeiten bereiten.

Auch wenn ich derart fundamentale Änderungen in der politischen Landschaft erst nach der Wahl im Herbst 2013 erwarte, rechne ich trotzdem mit einer weiterhin volatilen Entwicklung bis dahin. Dabei prognostiziere ich nicht das politische Ende von Merkel. Wenn sie am Ende mit ihrer Euro-Politik politisch recht haben sollte, dann kann die Wahl auch in einem Triumph für die Kanzlerin enden. Politisch „recht“ heißt nicht „richtig“, sondern eher das Gegenteil – dass die Lüge ihrer Euro-Politik bis zum Wahltag verdeckt bleibt.

Für die SPD ergibt sich aus dieser Konstellation ein Dilemma, das Statistiker mit zwei Typen statistischer Irrtümer beschreiben. Wenn Merkels Euro-Politik nicht implodiert, dann wäre die SPD in der Tat schlecht beraten, eine allzu krasse Gegenposition zu beziehen. Umgekehrt gilt aber auch im Falle einer Merkel'schen Implosion, dass eine in der Euro-Frage allzu brave SPD unattraktiv ist. Die SPD wird sich zunächst zwischen zwei Wegen entscheiden müssen, bevor sie den Kandidaten ausruft: Will sie auf Konfrontation zu Merkel gehen, etwa in der anstehenden Debatte um den Fiskalpakt, wo ohne die Zustimmung der SPD nichts geht? Oder will sie mit der Bundeskanzlerin kooperieren, auch in Hinsicht auf eine mögliche Große Koalition nach der Wahl?

Wenn diese Entscheidung einmal getroffen ist, dann ergibt sich die

Frage nach dem Kanzlerkandidaten. Im ersten Fall wäre Sigmar Gabriel der logische Kandidat. Im zweiten Falle müsste man sich zwischen Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier entscheiden. Aber es wären eher Vizekanzlerkandidaten.

Ich würde der SPD raten, auf Konfrontation zu gehen, denn die Merkel'sche Krisenpolitik wird mit großer Wahrscheinlichkeit implodieren; wenn jetzt nicht sofort in Grie-

**Eine Anti-Euro-Partei könnte der Union arge Schwierigkeiten bereiten**

chenland, dann sicher in Spanien, wo die Banken in einem derartigen Schlamassel stecken, dass sie ohne Hilfe der Rettungsfonds EFSF oder ESM nicht rauskommen werden. Und wenn Spanien einmal in einem Programm steckt, ist auch Italien nicht mehr weit. Dann kommt der Eurobond, dann muss die Europäische Zentralbank ihre Politik erneut ändern, oder die ganze Kiste bricht zusammen. CDU und FDP können die Entscheidungen nicht treffen, die dann nötig sein werden.

NRW hat den Sozialdemokraten gezeigt, dass sie siegen können, ein Gefühl, das ihnen abhandengekommen war. Die SPD wird nur dann in Berlin siegen können, wenn sie eine klare Gegenposition zu Merkels Euro-Politik bietet. Keine subtilen Abgrenzungsversuche, die man im Kleingedruckten von Reden liest. Echte Alternativen. So wie es gerade in Frankreich geschehen ist.

E-Mail [munchau@eurointelligence.com](mailto:munchau@eurointelligence.com)  
**Wolfgang Münchau** ist FT- und FTD-Kolumnist. Er leitet den Informationsdienst Eurointelligence in Brüssel.

## IMPRESSUM

Die **Financial Times Deutschland** ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wirtschaftsblöcke.  
**Sprecher des Chefredakteurskollegiums:** Steffen Klusmann  
**Chefredakteure:** Stefanie Burgmaier (BORSE ONLINE), Dr. Nikolaus Förster (Impulse), Steffen Klusmann (Capital, FTD)  
**Stellvertretende Chefredakteure:** Christian Baugig (Capital), Sven Clausen (FTD), Geroen Kruse (BORSE ONLINE), Paul Prandi (Capital), Stefan Weigel (FTD)  
**Art Direktor:** Dominik Amtd  
**Geschäftsführende Redakteurin:** Isabelle Arnold  
**Chef vom Dienst:** Cosima Jäckel, Sven Sorgenfrey (Stv.)  
**Nachrichtenchef:** Dirk Benninghoff  
**Bildchef:** Peter Raffelt, Jose Blanco (Stv.)  
**Kommentarchef:** Dr. Anton Notz  
**Unternehmer:** Guido Warlimont (Ltg.), Jörn Paterak (Stv.)  
**Politik:** Andreas Theysen (Ltg.), Ulrike

Sosalla (Stv.)  
**Finanzen:** Tim Bartz (Ltg.), Christian Kirschner (Stv.)  
**Geld:** Jochen Mörsh (Ltg.), Helmut Kipp (Stv.)  
**Agenda:** Horst von Buttlar (Ltg.), Claus Gorgs (Ltg.)  
**Verantwortlich im Sinne des Presserechts:** Steffen Klusmann.  
Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.  
„Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ and „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license.  
The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.  
**GJ Wirtschaftsmedien AG & Co. KG**  
Am Baumwall 11, 20459 Hamburg  
Brieffach 02, 20444 Hamburg  
Tel. 040/5703-0

**Verlagsleiter:** Ingrid M. Haas  
**Verlagsleitung:** Jan Honzel, Dr. Albrecht von Arnswaldt  
**Gesamtanzeigenleiterin:** Helma Spieler  
**Anzeigenleiter:** Jens Kauerauf  
**Vertrieb:** DPV Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Christopher Höpfer, Düsterstr. 1-3, 20555 Hamburg  
**ISSN 1615-4118**  
**Syndication:** Picture Press, E-Mail: [sales@picturepress.de](mailto:sales@picturepress.de)  
**Contentvermarktung:** Brand, Products and Licensing, Siegel und Sonderdrucke, Koordination: Petra Martens; Anfragen: Isabella Karnauf, 040/3703-2990, E-Mail: [karnaufisabella@guj.de](mailto:karnaufisabella@guj.de)  
**Druck:** Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg, Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin